

Radikales Umsteuern statt Schrumpfen

Eine Auseinandersetzung mit der Degrowth-Theorie anhand des Buches von Ulrike Herrmann „Das Ende des Kapitalismus“

Karl-Martin Hentschel

Ulrike Herrmann, die bekannte Wirtschaftsjournalistin der TAZ und mehrfache Spiegel-Bestsellerautorin, hat mit ihrem neuen Buch eine wichtige strategische Debatte angestoßen. Es geht um den Kapitalismus und die notwendige Antwort auf den Klimawandel. Aber obwohl ich das Buch mit Genuss gelesen und einiges gelernt habe, teile ich ihre zentralen Aussagen zur Transformation des Kapitalismus in eine klimaneutrale Gesellschaft nicht und bin bei meinen Arbeiten zu völlig anderen Ergebnissen gelangt.

Das Buch hat drei Teile. Im ersten Teil schildert die Autorin eine überraschend positive Geschichte des Kapitalismus – der aber den entscheidenden Fehler habe, dass er immer weiter wachsen muss. Sie kommt zum Ergebnis, dass der Kapitalismus den heutigen Wohlstand und die moderne Demokratie erst ermöglicht hat. Entscheidend waren dafür ausgerechnet die Gewerkschaften. Denn wenn Unternehmer*innen glauben, dass Löhne nur Kosten sind, irren sie. Tatsächlich generieren die Löhne nämlich die Massenkaufkraft, auf der der moderne Kapitalismus basiert.

Trotz dieser positiven Seiten hat der Kapitalismus einen eingebauten Fehler: Er funktioniert nur, wenn es Wachstum gibt. Denn er wird durch Kredite angetrieben – einerseits durch private Kredite, aber in der Krise auch Staatskredite. Diese können nur getilgt werden, wenn die Firmen Gewinne machen. Und Gewinne sind nur möglich, wenn es Wachstum gibt. Damit verbunden ist ein zweiter Effekt. Die Firmen investieren ständig in neue Technologien. Dieser technische Fortschritt kostet permanent Jobs. Aber das Wachstum sorgt auch dafür, dass immer neue Arbeitsplätze entstehen. Damit wurde die Schaffung von Arbeitsplätzen zum Ziel der Wirtschaft. „Wir arbeiten, um zu arbeiten.“

Der Kapitalismus folgt also der Logik der Krebszelle. Er muss unaufhörlich wachsen und zerstört damit erst seine Umwelt – und dann sich selbst.

„Grünes Wachstum‘ gibt es nicht“ oder „Die Irrtümer der Degrowth-Theorie“

Im zweiten Teil des Buches geht es um die große Herausforderung unserer Zeit: Den Klimawandel. Es gibt keine Alternative, als die CO₂-Emissionen zu stoppen und zu Erneuerbaren Energien überzugehen. Auch die Atomkraft ist keine Lösung, da sie viel zu teuer ist und mangels geeigneter Rohstoffe nur einen Bruchteil der nötigen Energie liefern kann. Soweit kann man der Darstellung im Buch nur zustimmen.

Nun betrachtet Herrmann die Erneuerbaren Energien. Hierbei kommt die Autorin zu folgenden Aussagen: Es werden vermutlich bis zu 1000 TWh Strom benötigt. Da ein Transport aus Afrika zu teuer ist, muss der Strom in Deutschland erzeugt werden. Die mögliche Kapazität der Produktion in Deutschland ist aber leider beschränkt und reicht nicht aus. Und Sonne und Wind liefern die Energie auch nur unregelmäßig. Deshalb werden doppelt bis dreimal so viel mit Wasserstoff betriebene Gaskraftwerke wie heute benötigt, um in einer kalten Dunkelflaute die Stromversorgung zu sichern.

Im Ergebnis kann nicht ausreichend grüne Energie erzeugt werden und außerdem ist die grüne Energie künftig viel teurer als heute. Weiterhin gibt es nicht genügend Rohstoffe für den Bau von Solar- und Windkraftwerken und Elektromobilität. Auch Recyceln hilft nicht weiter, da recycelte Materialien (Metalle) nicht die gleiche Qualität wie Neue haben. Weiterhin wirft die Autorin an verschiedenen Stellen allen Wissenschaftler*innen, die über diese Themen seit Jahren forschen und schreiben, vor, sie hätten diese Probleme übersehen.



An dieser Stelle muss man Ulrike Herrmann entschieden widersprechen. Natürlich hat die Wissenschaft diese Probleme nicht „übersehen“. Tatsächlich sind alle diese Probleme seit langem bekannt und wurden seit Jahren in zahlreichen Studien untersucht und Lösungen dafür erarbeitet. Die benötigten Mengen an Energie, die Flächen für Windkraft- und Solaranlagen, die benötigten Rohstoffe und die daraus resultierenden Energiepreise wurden berechnet. Auch die Lösungen für die Schwankungen der Energieerzeugung, die Versorgung in der Dunkelflaute, die Notstromaggregate (Gasturbinen), die Speicher, die benötigten Gleichstromleitungen usw. sind längst in umfangreichen Studien dargestellt und kalkuliert worden. Dazu gibt es hunderte von wissenschaftlichen Veröffentlichungen der über 40 daran arbeitenden Institute allein in Deutschland, aber auch der Industrie und von einschlägigen Denkwerkstätten wie Agora Energiewende usw.

Die Ergebnisse dieser Arbeiten haben wir in drei Handbüchern zum Klimaschutz zusammengestellt und sie von zahlreichen Wissenschaftler*innen und Fachleuten evaluieren lassen.^[1] Dabei haben wir streng darauf geachtet, nur das darzustellen, was sicher geht. Nicht berücksichtigt haben wir daher Hunderte von neuen wissenschaftlichen Ergebnissen, die zurzeit in Arbeit sind, von denen aber eben noch nicht klar ist, ob sie wirklich funktionieren und ob sie halbwegs rentabel eingesetzt werden können. Aber man kann sicher sein, dass viele davon bald auf den Markt kommen und dazu beitragen werden, dass die Preise für die Energiewende weiter sinken werden!

Ulrike Herrmann hat durchaus Recht, wenn sie feststellt, dass die Progno-

¹ Siehe „Handbuch Klimaschutz“, Oekom-Verlag 2021, sowie „Handbuch Klimaschutz Schleswig-Holstein“ und „Wie kann Nordrhein-Westfalen auf den 1,5-Grad-Pfad kommen?“, online auf www.handbuch-klimaschutz.de/anlagen/

sen des Energie- und insbesondere des Strombedarfs in den wissenschaftlichen Studien sehr unterschiedlich sind – zwischen 620 und 1000 TWh. Das liegt aber nicht an dem Nichtwissen der Autor*innen, sondern an den jeweiligen Annahmen: Tatsächlich fehlt dabei sogar noch die Hälfte. Denn künftig wird Strom neben einem kleinen Teil Biomasse die wichtigste Primärenergie sein. So enthalten die obigen Zahlen zwar bereits den Strom für die Herstellung von Wasserstoff, der gespeichert werden muss, um Zeiten der sogenannten Dunkelflaute zu überstehen und den Strom für Elektromobilität und Wärmepumpen, aber es fehlt der Strom als Primärenergie, der für die Herstellung der grünen Treibstoffe für Flugverkehr und Schifffahrt benötigt wird, da diese bis 2050 vermutlich noch nicht auf elektrischen Antrieb umgestellt werden können. Und es fehlt der Strom für die Herstellung von Wasserstoff, Naphtha, Ammoniak und Methanol, die als Rohstoffe für die Stahl-, Zement- und Chemieindustrie benötigt werden. Insgesamt ergibt sich nach der Zusammenstellung des Handbuch Klimaschutz ein Primärenergiebedarf für ein CO₂-freies Deutschland von sogar 2000 TWh, überwiegend in Form von Strom. Es wird also fast viermal so viel Strom benötigt, aber nur gut halb so viel Energie wie heute. Denn heute liegt der Primärenergiebedarf bei 3500 TWh – überwiegend natürlich in Form von Öl, Gas und Kohle.

Richtig ist auch ihre Aussage, dass es kaum möglich ist, diese 2000 TWh in Deutschland zu produzieren. Ansonsten entsprechen aber viele Aussagen nicht dem heutigen Kenntnisstand. Nach den aktuellen Berechnungen können durchaus 1000 bis 1200 TWh Strom in Deutschland durch Wind- und Solarkraftwerke erzeugt werden. Speicher für Wasserstoff in der Dunkelflaute sind schon heute ausreichend vorhanden – man muss nur einen kleinen Teil der Erdgasspeicher umbauen. Selbst wenn wir keinen Strom importieren, kann die Hälfte der benötigten Energie in Nordafrika/Nahost produziert und in Form von Ammoniak, grünem Naphtha, grünem Methanol und Wasserstoff nach Deutschland transportiert werden. Denn nur ein Bruchteil der Fläche der Sahara würde ausreichen, um den Strombedarf der gesamten Welt zu decken.

Es wäre aber durchaus auch möglich, Strom kostengünstig über Leitungen

aus Nordafrika oder Russland zu beziehen. Schließlich werden schon heute Shanghai und Shenzhen über mehr als 2000 km lange Leitungen (viele von Siemens gebaut!) durch Wasserkraftwerke im Hochgebirge mit Strom kostengünstig versorgt. Auch Herrmanns Aussage zum Recycling stimmt nicht: Recycelte Metalle und künftig chemisch recycelte Kunststoffe sind von gleicher Qualität wie vorher. Die Atome nutzen sich nicht ab. Nur für die Kunststoffsortierung (das mechanische Recycling) und das Papierrecycling gilt das nicht.

Als Fazit ist festzustellen: Es ist sicher sowohl ökologisch wie wirtschaftlich sinnvoll, soviel Energie einzusparen wie irgend möglich, die Zahl der Autos und den Flugverkehr zu reduzieren, die Produktion von Kunststoffen radikal zu reduzieren und Produkte und Verpackungen zu recyceln. Genau das sagen alle Studien. Aber zu behaupten, es könne nicht genügend Energie bereitgestellt werden, um Deutschland CO₂-frei umzubauen, ist sicher nicht richtig.

Aufgrund ihrer Annahmen kommt Ulrike Herrmann dann zu ihrer zentralen Schlussfolgerung: Deutschland muss die Produktion von Waren deutlich reduzieren. Dies begründet sie u. a. so: E-Autos sind nicht ökologisch, da bei der Akku-Produktion enorme Mengen CO₂ anfallen. Der Flugverkehr muss eingestellt werden. Auch Schiffe produzieren CO₂. Die Chemiebranche kann nicht so weitermachen, da sie dann allein 700 TWh braucht, um grün zu produzieren. Noch schlimmer ist es mit der Bauwirtschaft, die sowohl durch den Bodenverlust wie auch durch die Zementproduktion nicht klimaneutral werden kann. *„Jeder Neubau ist ein Umweltfrevel.“*

Die Zahl der produzierten Güter muss also abnehmen. Im Ergebnis muss die Wirtschaftsleistung um ein Drittel sinken. Und trotzdem werden neue Kosten entstehen.

Die Autorin stellt deshalb fest: *„Diese pessimistische Analyse lehnen viele Klimaökonom*innen ab und versprühen stattdessen Optimismus.“* Aber: *„Der Traum von der ‚Entkoppelung‘ funktioniert nicht.“* *„In der Vergangenheit waren viele Untergangsszenarien tatsächlich falsch – aber diesmal wird der Kapitalis-*

mus wirklich enden.“ Dabei verweist sie insbesondere auf den Rebound-Effekt, der ihrer Meinung nach jede Hoffnung zerschlägt, dass es „grünes Wachstum“ geben könne. Sie zitiert dazu als Quelle die Studie des Wuppertal-Instituts *„CO₂-neutral bis 2035“*, die im Auftrag von Fridays for Future erstellt wurde.

Auch diese Aussagen halten einer Überprüfung nicht stand. Von 1990 bis 2018 ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um real fast 120 Prozent gewachsen – hat sich also mehr als verdoppelt. Zugleich sank der Primärenergieverbrauch um 12 Prozent und die CO₂-Emissionen sanken um über 35 Prozent. Auch die Menge der Rohstoffimporte ist bereits gesunken. Das reicht alles nicht im Entferntesten aus, – aber viel mehr ist durchaus möglich.

Der Import von Rohstoffen kann durch die Einstellung der Importe von Gas, Öl und Kohle und eine konsequente Recycling-Quote für Metalle (90 Prozent) und für Kunststoffe (mindestens 50 %) bis 2040 um insgesamt 80 Prozent reduziert werden. Natürlich wird heute zur Herstellung von Elektroautos CO₂ freigesetzt, wie Ulrike Herrmann schreibt – aber eben nur so lange, wie die dazu nötige Energie durch Kohle oder Erdgas produziert wird.

Auch die zitierte Studie des Wuppertal-Instituts ist leider eine unbrauchbare Referenz. Sie wurde bewusst erstellt, mit dem Auftrag von FFF, zu untersuchen, unter welchen Rahmenbedingungen Deutschland bereits bis 2035 CO₂-frei werden kann. Und tatsächlich kamen die Wissenschaftler aus Wuppertal zum Ergebnis: Ja – das geht. Aber dann mussten die Autoren dazu Annahmen treffen, wie z. B. eine erhebliche Reduzierung der Wohnflächen in Deutschland, die sie selbst nicht für realistisch betrachten.

Natürlich ist es wünschenswert und machbar, wenn die Menschen weniger fliegen, viel mehr mit der Bahn fahren und die Zahl der Autos deutlich zurückgeht. Genau dazu machen wir im Handbuch auch konkrete Vorschläge, wie das umgesetzt werden kann. Das reicht aber nicht. Denn selbst eine Reduzierung der Produktion um ein Drittel oder gar die Hälfte, wie Ulrike Herrmann es vorschlägt, wäre nicht ausreichend, um klimaneutral zu werden.

Tatsächlich können nach unseren Berechnungen, die keine Fantasie sind, sondern auf allen verfügbaren wissenschaftlichen Studien basieren, die CO₂-Emissionen zwar nicht bis 2035 auf null sinken, aber sie können immerhin noch vor 2040 um 94 Prozent gegenüber dem Stand von 2018 reduziert werden. Die restlichen sechs Prozent der Emissionen, die im Wesentlichen aus der Landwirtschaft, der Zementindustrie und dem Flugverkehr resultieren, können nach heutigem Kenntnisstand noch nicht vermieden werden. Sie können aber auch ohne die strittigen CCS-Technologien² für die kommenden 50 Jahre durch Neuwaldbildung kompensiert werden. Die dafür nötigen Flächen stehen zur Verfügung, wenn wir die Produktion von Energiepflanzen wie Mais, Raps, Sonnenblumen usw. einstellen – was sowohl sinnvoll als auch realistisch ist. Man muss dazu die Biogasanlagen nicht einmal stilllegen, sondern auf aus Gülle produziertes Biogas umstellen.

Erreicht werden kann diese „Transformation“ in eine CO₂-neutrale Gesellschaft, wenn durch verbindliche Vorgaben die CO₂-Emissionen auf das mögliche Minimum reduziert werden. Die zentrale These von Ulrike Herrmann, dass dazu die Wirtschaft schrumpfen muss, ist nicht haltbar. Denn das BIP ist nur eine Zahl in der volkswirtschaftlichen Bilanz. Wenn durch massive staatliche Interventionen durch Ordnungsrecht, Fördermittel und direkte öffentliche Investitionen Verkehr, Häuser und Industrie weitgehend klimaneutral gemacht werden, dann schlägt sich das im BIP sogar als Wachstum nieder.

Ulrike Herrmann setzt fälschlicherweise Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) gleich mit dem Wachstum der Menge der Produkte, dem Wachstum des Energieverbrauchs und dem Wachstum der CO₂-Emissionen. Genau das ist aber die Frage, die zu klären ist, um zu verstehen, worin die „große Transformation“ besteht, in der wir uns gerade befinden.

2 CCS (= Carbon, Capture and Storage) bezeichnet Technologien, mit denen die nicht vermeidbaren CO₂-Emissionen insbesondere der Stahl- und Zementindustrie aufgefangen und unterirdisch gelagert werden können. Sie sind noch nicht ausgereift, mit Unsicherheiten verbunden und auch erheblich teurer als die Kompensation der gleichen Menge CO₂ durch Neuwaldbildung. Nach 2050 werden allerdings solche Technologien benötigt werden, um den CO₂-Gehalt der Atmosphäre zu reduzieren.

Nach dem Stand der Wissenschaft muss der Ressourcenverbrauch drastisch reduziert und langfristig gegen null gehen. Das nennt sich Recycling-Wirtschaft. Die Emissionen von CO₂ und anderen Schadstoffen und der Flächenverbrauch für Siedlungs-, Gewerbe- und Verkehrsflächen müssen tatsächlich auf Nettonull oder noch mehr reduziert werden. Der Primärenergiebedarf wird sich etwa halbieren. Über das BIP sagen diese Vorgaben aber nichts aus.

Und ob dann weniger oder mehr Konsumgüter produziert werden, hängt davon ab, wie teuer künftig die CO₂-frei produzierten Dienstleistungen oder Produkte sein werden. Auch dazu machen die Studien bereits sehr differenzierte Aussagen: Fliegen wird eindeutig teurer, da grünes Kerosin pro Liter 2035 voraussichtlich das Dreifache wie das fossile Kerosin kosten wird. Elektroautos werden günstiger, da sie viel einfacher zu produzieren sind und weniger als ein Viertel an Energie benötigen. Das Heizen der Häuser wird durch bessere Dämmung und höheren Wirkungsgrad erheblich billiger. Die Energie wird trotz der von Ulrike Herrmann richtig geschilderten Probleme kaum teurer.

Noch vor 20 Jahren deutete alles darauf hin, dass die Umstellung auf eine klimaneutrale Gesellschaft insgesamt zu einer erheblichen Verteuerung vieler Produkte führen würde. Damit wäre dann notwendig eine entsprechende Einschränkung des Lebensstandards einhergegangen. In den letzten Jahren hat sich aber aufgrund der Verbiligung vieler Faktoren, insbesondere dem Sinken der Kosten für Erneuerbare Energien, diese Einschätzung geändert. Mittlerweile kommen die Studien der verschiedenen Institute und der Industrie übereinstimmend zu dem Ergebnis, dass es zwar erhebliche Preisverschiebungen geben wird, die Umstellung auf eine klimaneutrale Wirtschaftsweise aber sogar zu einer rentablen Investition wird. Das bedeutet kurz zusammengefasst: Wir werden zwar weniger fliegen und weniger Fleisch essen, aber ansonsten dürfte der Lebensstandard keineswegs sinken.

Und was bedeutet das für die Abschaffung des Kapitalismus? Auf jeden Fall

deuten alle Konzepte darauf hin, dass der Staat sich stärker in die Wirtschaft einmischen muss. Aber die Vorstellung, wir müssten nun erstmal den Kapitalismus abschaffen, um dann eine drastische Reduzierung der Produktion durchzudrücken, um klimafrei zu werden, lässt sich daraus nicht ableiten.

Umgekehrt kann allerdings daraus ein Schuh werden: Eine konsequente Durchsetzung des Klimaschutzes, verbunden mit einer konsequenten Sozial- und Steuerpolitik, um die Akzeptanz der Maßnahmen zu sichern, kann zu einer Stärkung des Sozialstaates und zu einer Transformation der Ökonomie führen – und vielleicht sogar den Kapitalismus in eine neue „Gleichgewichtsgesellschaft“³ transformieren, bei der wieder ein Gleichgewicht zwischen Mensch und Natur hergestellt wird. Daran sollten wir entscheiden arbeiten.

„Das Ende des Kapitalismus“ oder „Was können wir von Großbritannien lernen?“ 

Der dritte Teil des Buches geht von der These aus: Um den Rebound-Effekt zu brechen, müssten die Einkommen stark sinken, damit den Menschen das Geld fehlt, um neues Wachstum anzuschieben. Deswegen ist es für Ulrike Herrmann konsequent, dass die De-growth-Bewegung die kommerzielle Lohnarbeit halbieren will. Die Flughäfen werden geschlossen, die Produktion von Autos drastisch reduziert. Dienstleistungen wie PR-Agenturen, Messelogistiker und Werbefraferiker werden wegfallen. Banken werden bis auf einen kleinen Rest zur Kontenverwaltung verschwinden. Auch die Chemiekonzerne werden große Teile ihres Umsatzes einbüßen.

Die Autorin sieht aber bei diesem Szenario selbst ein Problem: Es würde dann eine Weltwirtschaftskrise ausbrechen mit katastrophalen politischen Folgen. Und es gibt leider noch keine ausgearbeitete Makroökonomie

3 Anstelle des von Ulrike Herrmann genutzten Begriffs „Überlebenswirtschaft“ verwende ich für die nachkapitalistische Gesellschaft lieber den Begriff „Gleichgewichtsgesellschaft“. Denn es kommt darauf an, bei den entscheidenden Faktoren Bevölkerungszahl, Flächennutzung, Arten- und Biotoperhalt, Ressourcennutzung und Klima zu einem stabilen Gleichgewichtszustand zu kommen. Und das betrifft nicht nur die Wirtschaft, sondern die Lebensweise insgesamt.

der Postwachstumsgesellschaft. Denn in einem sind sich die beiden konträren Ökonomschulen, die Neoklassiker und die Keynesianer einig, sie glauben an das „grüne Wachstum“.

Einige Umwelttheoretiker versuchen diesem Dilemma zu entkommen, indem sie kleine unmerkliche Schritte empfehlen. So sagt Harald Welzer: „*Kleine Zustandsveränderungen haben eine ganz andere Poesie als die ‚große Transformation‘*“.

An dieser Stelle kommt Ulrike Herrmann mit einem überraschenden Vorschlag: Wir sollten uns die britische Kriegswirtschaft von 1939 bis 1945 zum Vorbild nehmen. Denn die Situation war so ähnlich wie heute: Die Briten lebten in einer Demokratie. Sie befanden sich in einer unfreiwilligen Notsituation. Die normale Wirtschaft musste in kürzester Zeit stark heruntergefahren werden, um in den Fabriken Militärgüter herzustellen.

Die Lösung war eine Art „*private Planwirtschaft*“. Der Staat gab vor, was produziert wird, aber die Unternehmen blieben privat. Zur Steuerung wurde das BIP erfunden. Da die Arbeitskräfte knapp waren, wurde das „*Manpower Budget*“ das zentrale Steuerungsinstrument. Auch der Konsum wurde strikt geregelt: Milch und Eier nur für Kinder, Schwangere und stillende Mütter; Fleisch, Käse, Fett, Zucker, Tee und Seife wurden pro Kopf rationiert. Nur Kartoffeln, Mehl und Brot sowie Wild, Fisch und Gemüse durften frei verkauft werden. Für Süßigkeiten, Konserven, Möbel und Kleider gab es ein Punktesystem.

Erstaunlicherweise war das System sehr beliebt, weil alle das gleiche bekamen und die Unterschicht besser versorgt war als in Friedenszeiten. Der Konsum fiel um ein Drittel. Entsprechend schlägt Ulrike Herrmann vor, soll er auch jetzt in Deutschland fallen. Als wichtigste Erkenntnisse betrachtet sie deshalb die Notwendigkeit staatlicher Planung und Rationierung.

Sind diese Überlegungen belastbar? Ich denke nicht. Denn die Überlegung, man könne die kommerzielle Lohnarbeit halbieren, geht von der Prämisse aus, dass Lohnarbeit überwiegend dazu dient, um Produkte zu produzieren. Die Autorin schreibt dazu: „... in-

zwischen machen Konsumgüter fast 80 % der Wirtschaftsleistung aus.“ Tatsächlich beschäftigt der Produktionssektor einschließlich der Landwirtschaft heute aber nur noch 20 Prozent der Arbeitnehmer*innen und produziert nur noch 24 Prozent des BIP. Wenn man ihn halbiert, fallen nur 10 Prozent der Arbeitsplätze weg. Denn 80 Prozent der Arbeit sind Dienstleistungen – Tendenz wachsend. Diese wegfallenden 10 Prozent würden künftig ohne Probleme durch die wachsenden Bereiche Gesundheitswesen, Bildung, Pflege, Kinderbetreuung und andere persönliche Dienstleistungen aufgenommen. Selbst wenn die Zahl der Geschäfte ebenfalls zurückgeht, werden die Bereiche Freizeitgestaltung, Kultur, Restaurationen usw. mit Sicherheit ebenfalls zunehmen.

Aber es gibt noch einen zweiten Denkfehler: Denn der Umbau hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft erfordert Millionen von zusätzlichen Arbeitskräften beim Ausbau der Erneuerbaren Energien, beim Umbau der Industrie und den Aufbau einer Recyclingwirtschaft. Bis zu einer Million Menschen werden zusätzlich im Handwerk benötigt, um den gesamten Häuserbestand energetisch zu sanieren durch Dämmung und Umbau der Heizsysteme. Hunderttausende werden benötigt für die Umstellung auf ökologische Landwirtschaft, für die Aufforstung von zusätzlichen Wäldern auf 5 Prozent der Fläche Deutschlands und beim Umbau der bestehenden Wälder.

Daraus folgt aber: Um klimaneutral zu werden, muss nicht die Wirtschaftsleistung um 30 Prozent reduziert werden, sondern wir werden alle Arbeitskräfte und Reserven brauchen, um die Wirtschaft, die Energieerzeugung, die Häuser, den Verkehr und die Landwirtschaft so schnell wie möglich umzubauen, um komplett CO₂-frei zu werden. Wir dürfen dazu keine Zeit versäumen. Wenn man also tatsächlich das Einkommensniveau halbieren will und gleichzeitig die Gesellschaft sozialer gestalten möchte, dann kann man nicht die Arbeit reduzieren. Man muss dann bei gleicher Arbeit zumindest die Löhne der Besserverdienenden halbieren. Das kann man machen, und dafür gibt es sicher auch gute Gründe, aber die ökologische Entlastung dürfte dadurch sehr begrenzt sein.

Als Fazit ergibt sich, dass eine Reduzierung der Arbeitsplätze für die Klimapolitik kontraproduktiv wäre. So wird Deutschland nicht schneller, sondern langsamer CO₂-frei.

Trotzdem ist „*Großbritannien 1939*“ ein durchaus spannendes Modell: Denn es zeigt – ebenso wie zurzeit die Maßnahmen in Folge des Ukraine-Krieges – was möglich ist, wenn eine Veränderung wirklich gewollt ist. Die Idee des Modells ist also eine Verknüpfung von „freiem Markt“ und „staatlicher Lenkung“. Wenn der Staat will, wenn es nötig ist, dann sind enorme Veränderungen in kurzer Zeit möglich. Entscheidend ist, dass der Staat aktiv wird und eine lenkende Rolle einnimmt. Allerdings wurden damit in Großbritannien weder der Kapitalismus beendet noch wurde die Arbeitszeit und das Einkommen halbiert.

Wenn heute die Notmaßnahmen für die Transformation immer noch nicht ausreichend energisch in Angriff genommen werden, dann liegt das nicht daran, dass es nicht machbar ist. Es liegt an mangelnder Entschlossenheit großer Teile der Politik. Offensichtlich ist für viele die Not des Klimawandels und des Artensterbens noch nicht so akut, dass es Mehrheiten im Parlament gibt, die bereit sind, Notstandsmaßnahmen zu ergreifen. Das liegt aber nicht daran, dass der Kapitalismus noch nicht abgeschafft ist, sondern dass die Mehrheit im Bundestag immer noch glaubt, freie Fahrt auf Autobahnen und billige Flüge seien wichtiger als das Klima. 

Zum Autor

Karl-Martin Hentschel



Foto: wikimedia.org – KarlMH [CC BY-SA 3.0]

ist Mathematiker, Autor und Unternehmenssteuerexperte. Er war Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag Schleswig-Holstein während der rot-grünen Simonis-Regierung, Gründungsmitglied von Attac und Koordinator der AG Finanzmärkte und Steuern. Heute ist er Mitglied im Vorstand des Netzwerks Steuergerechtigkeit und von Mehr Demokratie e. V. Zurzeit leitet er für mehrere NGOs eine Arbeitsgruppe, die auf Basis der vorliegenden wissenschaftlichen Studien den optimalen Weg analysiert, um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen.

https://de.wikipedia.org/wiki/Karl-Martin_Hentschel